

den kann. Die um Vorstände, 1. Vors. Joh. Komet, Schatzführer Meyer (Hölmeh (Brenn-92), Weißer (Hölmeh) und mit „Sagungs-geboten lebhaften Bemerkungen“. Der Jahres-recht günstiges Verbands ist im Verlaufe ein 14 leicht-gebrachte wer-und die Mitglie-der dem Ver-gliedern ange-

Ersteht montags morgens.

Bochumer Zeitung

Einzelnnummer 10 Bfg.

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Witz, Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.

Geschäftsstelle: Dudenbergstraße 11, Fernsprecher 125. • Postfach 1010 Dortmund Nr. 3693.

Schriftleitung: Dudenbergstraße 4, Fernsprecher 125.

Nr. 30.

Donnerstag, den 5. Februar 1925.

97. Jahrgang.

Der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Der Reichsfinanzminister für Beibehaltung des Verteilungsschlüsselsystems, Verlängerung der Geltungsdauer des Besoldungssperregesetzes um 2 Jahre.

TU. Berlin, 4. Febr. Im Reichsfinanzministerium trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers v. Schlieffen eine Konferenz der Finanzminister der Länder zusammen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen legte der Finanzminister den Zweck seiner Einladung wie folgt fest:

Es wäre Uebereinstimmung zu erzielen über den künftigen Finanzausgleich und damit über die Grundlagen, auf denen Reich, Länder und Gemeinden ihre Finanzwirtschaft nicht nur im nächsten Haushaltsjahr, sondern auf lange hinaus aufbauen können. Mit einer vorübergehenden Lösung der Fragen des Finanzausgleichs ist heute niemandem gedient.

Das abgelaufene Rechnungsjahr gibt ausreichende Anhaltspunkte für den Finanzausgleich. Die seit der Ruhrbesetzung unterbrochene Einheit des Reichsgebietes ist wiederhergestellt. Das Londoner Abkommen hat für die nächsten Jahre eine gewisse Klarheit über die Reparationsleistungen gebracht; allerdings bestehen in wirtschaftlicher Hinsicht noch große Ungewissheiten fort.

Wenn daher die gegenwärtige Wirtschaftslage zur Aufstellung in den nächsten Jahren die Anforderungen an die Steuererträge nicht hinter den Erwartungen zurückbleiben, die bei dem gebotenen schonen finanziellen Vorgehen gemässigt begründet erscheinen, so sind sowohl das Reich als auch die Länder vor die Aufgabe gestellt, ihren Bedarf an den Steuern zu beschaffen, das dem verminderten Steuereinkommen entspricht. Der neue Finanzausgleich soll also lediglich die Verteilungsverhältnisse an dem Steuereinkommen feststellen, wie es der Verteilung zwischen Reich und Ländern sowie Gemeinden entspricht. Der Finanzausgleich ist ein Verteilungsproblem. Bei seiner Erörterung ist vor der Frage: „Wie verteilt wird?“ die zu erörtern: Was zu verteilen ist. Der Länder soll aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Vermögenssteuer ein Betrag von etwa 1875 Millionen M. zur Verfügung stehen. In dieser Summe treten etwa 3000 Millionen M. eigene Steuern der Länder und Gemeinden und etwa 650 Millionen M. Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen. In dem Gesamtbetrag von 3000 Millionen M. eigener Steuern der Länder und Gemeinden ist die Steuer vom Grundbesitz und von Gewerbetrieben mit aufammen 1666 Millionen M. eingezeichnet. Als Gesamtbedeutung wird aber ein Betrag von 5527 Millionen M. errechnet. Diese Gesamtbedeutung übersteigt den auf 5320 Millionen M. geschätzten Gesamtbedarf der Länder und Gemeinden um 207 Millionen. Eine mindere ebenso hohe Reserve liegt in den Schätzungen des Bedarfs der Länder und Gemeinden. Die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums enthält in diesem Zusammenhang die folgende Aussage: „Die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums ist der Meinung, daß der Aufschub der Länder mit 145 Prozent des Aufschubbedarfs im Jahre 1914 überschätzt ist, ebenso ist der Aufschubbedarf der Gemeinden mit 150 Proz. des von 1914 zu hoch angenommen. Er darf bei einer Zurückhaltung in den Ausgaben diese Höhe nicht erreichen. Zahlreiche Gemeinden aller Länder entfallen auf dem Gebiet der Personals- und Besoldungspolitik sowie der Bauverwaltung einen Aufwand, der mit der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage nicht in Einklang zu bringen ist.“

Wenn der vorliegende Gesetzentwurf die Verlängerung der Geltungsdauer des Besoldungssperregesetzes um weitere zwei Jahre vorseht, so ist hierfür gerade der Gesichtspunkt wirklicher Beeinflussung der Finanzpolitik der Gemeinden maßgebend. Den Ländern soll aber für ihren Bedarf und den ihrer Gemeinden eine Deckung zur Verfügung gestellt werden, die bei angemessener Beschränkung des Bedarfs nicht nur voll ausreicht, sondern auch erhebliche Reserven enthält.

Es erscheint zweckmäßig, die hauptsächlichsten Steuern nicht mehr so wie bisher zu verteilen, daß die Länder und Gemeinden überwiegend an der Einkommen- und der Körperschaftsteuer und das Reich überwiegend an der Umsatzsteuer beteiligt sind, vielmehr erscheint eine Verteilung in der Weise angebracht, daß das Reich an der Einkommen- und der Körperschaftsteuer mit 33 1/2 Prozent, an der Umsatzsteuer mit 70 Prozent, die Länder und Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit 66 1/2 Proz., an der Umsatzsteuer mit 30 Proz. beteiligt werden.

Die Forderung des Zuschlagsrechtes der Länder und Gemeinden zur Einkommen- und Körperschaftsteuer entspringt sowohl einem finanz- wie einem steuerpolitischen Bedürfnis. Die Erhebung von Zuschlägen stellt aber gegenwärtig nicht mehr in gleichem Umfange wie früher einen Zugriff auf eine noch vorhandene Reserve dar, sondern geringere oder höhere Finanzanforderungen der

Der Inhalt der Ruhr-Denkschrift.

Auch die Interessen der kleinen Geschädigten sind berücksichtigt worden.

TU. Berlin, 4. Febr. Ein Berliner Mittagsblatt gibt in längeren Ausführungen die Grundzüge der Denkschrift der Reichsregierung zur Frage der Ruhrentschädigung wieder, die nach ihrem sachlichen Inhalt den Tatsachen entspricht. Aus den Ausführungen seien folgende Punkte wiedergegeben:

1. Es ist nicht zwischen dem 20. Dezember und jetzt ein Betrag von 645 bzw. 715 Millionen Mark ausbezahlt worden, sondern diese Zahlungen erstrecken sich in der Hauptsache auf über mehr als ein Jahr zurück.

2. Es sind nicht Pauschalzahlungen an die Interessentenvertretungen der Großindustrie erfolgt.

3. Die Interessen der kleinen Geschädigten sind bei dieser Regelung keineswegs übergegangen worden, sondern ausdrücklich in vollem Umfange berücksichtigt worden.

4. Die Zahlungen an die Industrie sind nicht selbständig und unabhängig vom Kabinett und den beteiligten Ministerien, sondern im Zusammenwirken mit den vor langer Hand dafür geschaffenen Ausschüssen, Behörden und Sachverständigen festgesetzt worden. Es handelt sich hier nicht um ein Novum, etwa um eine Herausnahme einer einzelnen Kategorie von Verpflichtungen des Reiches, die gegenüber älteren Rechten der Staatsschulden bevorzugt worden waren, sondern um einen Teil der Reparationsverpflichtungen, die genau nach dem Vorgehen anderer behandelt und beglichen werden mußten. Es ergibt sich etwa folgendes Bild:

Die Verpflichtungen des Reiches zur Zahlung der an die Industrie unter Zwang oder Vertrag von den Werken losgerissen zu liefernden oder beschlagnahmten Waren war vom Kabinett Stresemann bei Abbruch des Ruhrkrieges zugestanden worden. Die ersten Lasten mußte die Industrie selbst finanzieren. Später, als sich immer größere Schwierigkeiten ergaben, setzte die Unterstützung des Reiches durch Vermittlung von Krediten, durch Garantien, schließlich, als die Reichsbetriebe wieder Geld hatten, durch Borgeben von anderen Geldern als vorläufige Darlehen auf die Reparationsansprüche der Werke, den sachlichen und unmittelbar dringenden Bedürfnissen entsprechend, ein. Seitdem das Reich die Verpflichtungen zu erfüllen in der Lage ist, sind Verhandlungen mit den

schlagsberechtigten Steuergläubigern seine besonderen Bedürfnisse befriedigen oder bestimmte Zwecke verwirklichen kann. Das Verteilungsschlüsselsystem wird also fort bestehen und sich immer schärfer dahin präzisieren, daß eine Verteilung von Steuereinkommen nach Maßgabe des Bedarfs vorgenommen wird.

Zum Schluß seiner Ausführungen sprach der Reichsfinanzminister die Hoffnung aus, daß auch bei der weiteren Erörterung des Finanzausgleichs die Frage des Aufschubbedarfs der Länder und Gemeinden von der Auseinandersetzung mit der sich auf das Maß und die Form der Verteilung an den Reichsteuern, insbesondere die Zuschläge für Einkommensteuer und für Körperschaftsteuer bezieht.

Entschädigung des Finanzministers.

Berlin, 4. Febr. Nach der Rede des Reichsfinanzministers v. Schlieffen wurde seitens der Finanzminister der Länder folgende Entschädigung der Länder bekannt gegeben:

1. Der bisherige Finanzausgleich ist, wie aus den Ausführungen des Reichsministers der Finanzen im Haushaltsausschuß des Reichsrats selbst sich ergibt, einseitig zugunsten des Reichs und zu Ungunsten der Länder und der Gemeinden ausgefallen. Die in dem Referentenentwurf des Reichsfinanzministeriums vorgesehene Neuordnung bringt weitere untragbare finanzielle Verschlechterungen für die Länder und die Gemeinden und trägt den anerkannten Grundsatz einer Trennung der Steuerquellen in keiner Weise Rechnung. Die Länder sind übereinstimmend der Auffassung, daß ein endgültiger Finanzausgleich grundsätzlich nur dann möglich ist, wenn ihnen die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer mit Einschluss der Steuer vom Kapitalertrag nach Maßgabe des Reichsrahmengesetzes voll zurückgegeben wird. Die endgültige Regelung des Finanzausgleichs soll zu einem möglichst frühen Zeitpunkt, wenn irgend anständig mit Wirkung vom 1. 4. 1926 ab erfolgen. Die endgültige Stellungnahme zur Frage der Rückgabe der Finanzverwaltung bezüglich der Einkommen- und der Körperschaftsteuer auf die Länder und Gemeinden bleibt vorbehalten. Die Weigerung der Länder fordert diese Rückgabe. Solange das Reich diese Steuern verwaltet, erhält es eine Verwaltungskostenentschädigung von vier vom Hundert des Aufkommens. Die Regelung der Aufwertung und der Abgaben zum Ausgleich der Geldent-

wertung von besetzten und unbebauten Grundbesitz muß vor dem endgültigen Finanzausgleich und mit Rücksicht auf diesen stattfinden.

2. Für die Uebergangszeit bis zur Rückgabe beider Steuern an die Länder bleibt nur übrig, ein zentrales Verteilungssystem bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer beizubehalten. Der Anteil des Reichs an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer ermäßigt sich von 1. 4. ab auf 4 v. H.

3. Weiterhin müssen die Länder für sich und ihre Gemeinden zur teilweisen Deckung der Mehrlast in ihren Haushalten vom 1. April 1925 ab eine Erhöhung ihres Anteils an der Umsatzsteuer über 20 v. H. hinaus fordern. Im übrigen müssen die Länder und Gemeinden die Einkommen des Rechnungsjahres 1924 aus Reichszuschüssen, insbesondere für die Schutzpolizei mindestens in ihrer bisherigen Höhe erhalten. Es bleiben oder durch entsprechende Entschädigung weiterer Steuereinnahmen ersetzt werden.

4. Mit Rücksicht auf die Forderung der völligen Rückübertragung der Einkommen- und der Körperschaftsteuer beschränkt sich das Reich für das Rechnungsjahr 1925 auf eine Uebergangsregelung dieser beiden Steuern. Bei dieser Uebergangsregelung der Einkommen- und der Körperschaftsteuer für das Rechnungsjahr 1925 ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß beide Steuern später den Ländern zurückgegeben werden. Dies gilt insbesondere für die Wahl des Erhebungszeitraums, wobei die Forderungen der Wirtschaft hinsichtlich des Zeitraums tunlichst berücksichtigt werden sollen, dessen Einkommen der Besteuerung zugrunde zu legen ist.

5. Soweit die Länder an den Erträgen von Reichsteuern beteiligt sind, muß gewährleistet werden, daß der Ertrag oder die Abwertung der Steuererträge nicht ohne Zustimmung des Reichsrats erfolgen darf.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß man an die Rückgabe der Einkommen- und der Körperschaftsteuer an die Länder in absehbarer Zeit nicht denken könne. Er betonte den engen Zusammenhang und die gegenseitige Bedingtheit der Fragen der Steuerreform und des Finanzausgleichs. Darauf wurde in eine eingehende Beratung eingetreten.

Die Denkschrift erst am Freitag beim Reichstag.

TU. Berlin, 4. Febr. Die Denkschrift der Reichsregierung in der Frage der Entschädigung für unter dem Wismar-Abkommen von der Industrie ausgeführten Reparationsleistungen wird, wie die Tel.-Union erfährt, voraussichtlich erst am Freitag dem Reichstag zugeleitet werden.

Die Ruhrunterstützung ein Verstoß gegen den Dawesplan.

TU. Paris, 4. Febr. Das „Journal“ bringt folgende Mitteilung seines Berliner Vertreters: Ich glaube zu wissen, daß man in den zuständigen internationalen diplomatischen Kreisen die Auszahlung der Ruhrunterstützung von 750 Millionen Goldmark an die Ruhrindustriellen als einen unvertretbaren Verstoß gegen die Bestimmungen des Dawesplan betrachten wird. Es steht außer Zweifel, daß die verschiedenen maßgebenden Regierungen mit dieser Angelegenheit näher beschäftigt werden und daß der Meinungsaustausch für Deutschland nicht ohne Folgen bleiben wird. Deutschland hat durch unzulässige Nachschüsse den Berliner alliierten Kommissaren, deren Schlichtung sehr zu wünschen übrig läßt, das Vorhandensein einer der Dawesplan entgegenstehenden Summe von 750 Millionen Goldmark verschwiegen. Da sämtliche budgetären Ueberschüsse dem Generalaganten für Reparationsleistungen zur Verfügung gestellt werden müssen.

wertung von besetzten und unbebauten Grundbesitz muß vor dem endgültigen Finanzausgleich und mit Rücksicht auf diesen stattfinden.

2. Für die Uebergangszeit bis zur Rückgabe beider Steuern an die Länder bleibt nur übrig, ein zentrales Verteilungssystem bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer beizubehalten. Der Anteil des Reichs an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer ermäßigt sich von 1. 4. ab auf 4 v. H.

3. Weiterhin müssen die Länder für sich und ihre Gemeinden zur teilweisen Deckung der Mehrlast in ihren Haushalten vom 1. April 1925 ab eine Erhöhung ihres Anteils an der Umsatzsteuer über 20 v. H. hinaus fordern. Im übrigen müssen die Länder und Gemeinden die Einkommen des Rechnungsjahres 1924 aus Reichszuschüssen, insbesondere für die Schutzpolizei mindestens in ihrer bisherigen Höhe erhalten. Es bleiben oder durch entsprechende Entschädigung weiterer Steuereinnahmen ersetzt werden.

4. Mit Rücksicht auf die Forderung der völligen Rückübertragung der Einkommen- und der Körperschaftsteuer beschränkt sich das Reich für das Rechnungsjahr 1925 auf eine Uebergangsregelung dieser beiden Steuern. Bei dieser Uebergangsregelung der Einkommen- und der Körperschaftsteuer für das Rechnungsjahr 1925 ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß beide Steuern später den Ländern zurückgegeben werden. Dies gilt insbesondere für die Wahl des Erhebungszeitraums, wobei die Forderungen der Wirtschaft hinsichtlich des Zeitraums tunlichst berücksichtigt werden sollen, dessen Einkommen der Besteuerung zugrunde zu legen ist.

5. Soweit die Länder an den Erträgen von Reichsteuern beteiligt sind, muß gewährleistet werden, daß der Ertrag oder die Abwertung der Steuererträge nicht ohne Zustimmung des Reichsrats erfolgen darf.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß man an die Rückgabe der Einkommen- und der Körperschaftsteuer an die Länder in absehbarer Zeit nicht denken könne. Er betonte den engen Zusammenhang und die gegenseitige Bedingtheit der Fragen der Steuerreform und des Finanzausgleichs. Darauf wurde in eine eingehende Beratung eingetreten.

Herunter mit der Maste!

Von Gottfried Walter-Berlin.

Das Reich hat gut 650 Millionen Goldmark Ausgaben zurückerstattet, die von der rheinisch-westfälischen Industrie in Sachleistungen für das Reich gemacht wurden. Daß der Staat Ausgaben zurückerstattet, die Private für ihn leisten, dürfte eine Selbstverständlichkeit sein, über die nicht weiter gesprochen zu werden braucht. Zudem sind 650 bis 700 Millionen Goldmark ein Betrag, den kein Zweig der deutschen Industrie entbehren kann, ohne zusammenzubrechen. Verständig werden das nicht bestreiten. Unverständig sind aber jene Propagandisten trotzdem nicht, die die öffentliche Meinung vergiften, indem sie die Dinge auf den Kopf stellen und von Geschenken an die Schwerindustrie reden. Ihre Propaganda der Verwirrung und Entstellung hat ein politisches Ziel, das nur zu erreichen ist, wenn die Drahtzieher ihre wahre Gestalt unter der Toga geborgener Tugend und der Mäste vorgetäuscht fittlicher Entrüstung verbergen. Das Ziel ist, die öffentliche Meinung abzuulen von dem Gestalt, der aus den Varnat- und Antikler-Standarten aufsteigt und so manche stolze Säule der Republik in unangenehmen Geruch bringt. Deshalb redet man nicht von Zurückerstattungen ausgeliefert und vorgeschossener Gelder, sondern von Geschenken an die Schwerindustrie. Wenn Geschenke verteilt werden, hat jeder das Recht zu fragen, warum er leer ausgeht. „Was erhalten denn die Arbeiter?“, fragt der „Vorwärts“, „was erhalten die Angestellten, die Beamten, die Gemeinden?“. Ist es nicht unerhört, daß der Staat „Geschenke“ nur für die Schwerindustrie hat? Daß er ihr heimlich Millionen zufließen läßt, während Millionen darben und alles verloren haben! Gott sei Dank, die Jugend der Sozialdemokraten und Demokraten wacht. Sie deckt die Korruption in der Reichsregierung auf und stellt die Schulden an den Pranger. Was ist nun los?

Als der passiv Widerstand abgebaut werden mußte, stand die Ruhrwirtschaft vor dem Zusammenbruch. Millionen Arbeitsloser lagen auf der Straße. Kam es nicht zu einer Verständigung mit Frankreich und Belgien, dann übernahm Frankreich die Ruhrregion in eigene Regie, und der Hunger hätte die Ruhrarbeiter gezwungen, zu arbeiten, denn das Reich — der Dollar rechnete Millionen Papiermark — war nicht imstande, die Erwerbslosenunterstützung fortzusetzen. Wie die Dinge damals ausgefallen haben, darüber unterrichtet am besten eine Entschädigung des allen (sozialdemokratischen) Bergarbeiterverbandes, der dem Reichskabinett der großen Koalition folgende Entschädigung unterbreitet hatte:

„Ein Beschluß, die Sachleistungen für Reparationszwecke nicht zu bezahlen, hat nach der einmütigen Auffassung der Konferenz nur die einseitige Abschneidung des Rhein- und Ruhrgebietes und wahrscheinlich die Errichtung eines Rhein-Ruhr-Staates zur Folge. Die leidende Bevölkerung an Rhein und Ruhr, die jahrelang unerhörte Opfer gebracht hat, wird es nicht verzeihen, wenn die Reichsregierung nicht alle Mittel bis zum äußersten erschöpft, um diese Abschneidung mit ihren Folgen zu verhindern.“

Die Entschädigung war unterzeichnet von dem Vor- sitzenden des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, dem sozialdemokratischen Abgeordneten und Gewerkschaftsführer Eulmann. Die Entschädigung be- sagt ein Dreifaches:

1. Die Sachleistungen müssen fortgesetzt werden, weil ihre Verweigerung zur endgültigen Wüstung des Rhein- und Ruhrgebietes und nach menschlichem Ermessen zur Errichtung eines Rhein- und Ruhrstaates führt.
2. Die Sachleistungen müssen durch das Reich bezahlt werden, weil die Ruhrindustrie diese Leistungen aus eigenen Mitteln nicht aufbringen kann.
3. Sollte sich das Reich dieser Bezahlung entziehen, dann würde die leidende Bevölkerung an Rhein und Ruhr die Haltung der Reichsregierung nicht verzeihen.

Dieses Ersuchen der Bergarbeiter deckte sich mit gleichzeitigen und früheren Eingaben der Bergindustriellen. Es lag nunmehr nicht der geringste Anlaß vor, die Objektivität der von industrieller Seite gemachten Darlegungen zu bezweifeln. Auch heute dürfte niemand behaupten wollen, der sozialdemokratische Bergarbeiterverband habe sich in seinem pessimistischen Urteil über die damalige Lage an Rhein und Ruhr durch Rücksicht auf die privaten Interessen der Bergarbeiter beeinflussen lassen. Deren Vorschläge gingen dahin, durch Verhandlungen mit General Degoutte zu einem modus vivendi zu kommen, der die Wiederinbetriebnahme der Ruhrindustrie unter deutsche Verwaltung ermöglichte.

Unter dem Vorsitz des damaligen Reichskanzlers Dr. Stresemann beschloß sich die Regierung der großen Koalition am 20. Oktober 1923 mit dem Erlaß der Bergarbeiter und der Bergindustriellen. An der Sitzung nahmen die sozialdemokratischen Minister Sollmann, Schmidt und ebenso der sozialdemokratische Ministerpräsident der großen Koalition in Preußen, Herr Braun, teil. Einstimmig kam das Reichskabinett — also unter Zustimmung seiner sozialdemokratischen Mitglieder und des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Preußen — zu der Ansicht, daß dem Reich nichts übrig bleibe, als die rheinisch-westfälische Industrie zu den notwendigen gewordenen Verhandlungen mit Frankreich zu ermächtigen und die Zurückerstattung der industriellen Sachleistungen auszulassen. Diese Forderung war jedoch an zwei Bedingungen geknüpft, einmal daran, daß eine Gesundung der Reichsfinanzen, an die damals nur ganz geringe Optimisten glaubten, eintrete werde, zum andern wurden den industriellen Verhandlungsführern die Bedingung gestellt, daß Gegenstand der Verhandlungen nur die Verbeizung eines Uebergangsstadiums sein könne: die allgemeine Rege-

lung der Reparationsfrage sei und bleibe Sache des Reiches.

Der einstimmige Beschluß des Reichstages wurde nicht vertuscht und geheim gehalten, sondern in seinen entscheidenden Teilen der Öffentlichkeit am 25. Oktober 1923 durch eine Rede Stresemanns in Gagen bekanntgegeben. Das halbamtliche Volksblatt Telegraphen-Büro hat die Gagen Rede Stresemanns am 26. verbreitet. Sie ist in den sozialdemokratischen und demokratischen Zeitungen erschienen, ohne Widerbruch zu finden! Ja, der Kanzlerrede in Gagen haben der sozialdemokratische Ministerpräsident von Preußen, Herr Braun, beigewohnt. Stresemann hat damals gesagt:

Wir haben das letzte getan, um die Wirtschaft im Ruhrgebiet wieder in Gang zu setzen. Wir haben die Vertreter der Wirtschaft ermächtigt, darüber mit den Franzosen zu verhandeln, und haben uns trotz der dringenden Finanznot des Reiches bereit erklärt, für später, nach Ordnung unserer Finanzen, die Verzinsung und die Abzahlung der Summen vom Reich wegen zu garantieren, die die Wirtschaft mit Hilfe ausländischer Kredite aufbringen soll, um die Reparationskosten an Frankreich zu liefern.

Zweifel über den Kabinettsbeschluß vom 20. Oktober 1923 konnten also nirgends bestehen. Der Beschluß ist kritisiert worden, aber nicht von denen, die heute die Regierung angreifen, weil sie durch ihren mutigen Beschluß vom 20. Oktober 1923 die Ruhr- und Rheinlande gerettet hat, sondern von rechtsstehenden Kreisen. Was sie gegen den Kabinettsbeschluß vom 20. 10. 23 vorbrachten, ist von Sozialdemokraten, Demokraten und auch von Vertretern des Zentrums als „Verleumdungspolitik“ und „Verfälschung nationaler Gedanken“ verurteilt worden. Die demokratische und sozialdemokratische Presse hat den Beschluß vom 20. Oktober 1923 rückhaltlos begrüßt. Und heute? Heute stellt dieselbe sozialdemokratische und demokratische Presse die Dinge auf den Kopf. Sie spricht nicht von gerechten Zurückhaltungen, sondern von Geschenken an die Schwerkinder. Worin sollen die Geschenke bestehen? Darin, daß die rheinisch-westfälische Industrie, solange es ihr möglich war, aus eigenen Kräften das zu leisten suchte und leistete, was dem Reich nicht möglich war? Darin, daß sie auf „Wohnbrechelei“ hin — so nannte man in den Kreisen der rheinisch-westfälischen Industrie die Zahlungsvorgänge der Regierung — für Hunderte von Millionen Koks, Benzol und Chemikalien aller Art an die Entente lieferte? Darin, daß sie durch den Abbruch der Weimarer Verträge die Ruhrindustrie in Gang brachte und Millionen von Arbeitslosen Beschäftigung gab, die sonst rettungslos dem Hunger verfallen wären? Geschenke? Wo sind die Geschenke?

Hätte aber die Reichsregierung das Recht zu handeln, wie sie an jenem entscheidenden Oktobertage 1923 gehandelt hat? Jawohl, aus moralischen und politischen Gründen, weil ein Verlangen der Regierung den Zusammenbruch des Reiches herbeigeführt hätte und die Reichsregierung das Schicksal schuldig geworden wäre, wenn sie die Zahlung der Sachleistungen verweigert hätte. Aus politischen Gründen, weil die Reichsregierung durch die Ermächtigungsgesetze zu diesen Zusicherungen, die nicht im Namen Stresemanns, sondern im Namen der Reichsregierung gegeben wurden, ermächtigt war.

Wo bleiben nun die „empfinden“ Tatsachen? Wo bleibt die „Verleumdung“ der Öffentlichkeit, wo bleiben die „Geschenke“ an die Industrie, von denen man jetzt täglich in der sozialdemokratischen und demokratischen Presse liest? Wenn etwas empfinden ist, dann ist es die bewußte Fälschung der Tatsachen durch Leute, die sich nicht scheuen, heute das als Verbrechen hinzustellen, was sie einst als höchste nationale Forderung von der Reichsregierung verlangt haben!

Was bleibt übrig! Die Stundung gewisser Steuern an die Industrie. Zu lieber Gott, sollte man die fortlaufende Zahlung aller Steuern von Betrieben verlangen, die dem Reich Milliardensummen vorstrecken? Selbstverständlich sind bei der Rückzahlung die gestundeten Steuern auf Heller und Pfennig anzurechnen! Was bleibt übrig? Die Weiterzahlung der Weimarer Verträge kurz vor Ablauf des Londoner Abkommens. Sollte wirklich jemand bereit gewesen sein, durch Einstellung der Sachleistungen die Katastrophe in dem Augenblick heraufzubeschwören, wo Staat und Wirtschaft sich dem langgesuchten Ziel der Verständigung mit der Entente im Einbruch näherten? Was bleibt übrig? Die Verletzung des Völkerechts. Zugewandt war die Rückzahlung der vorgeschossenen Verträge in dem Augenblick, wo das Reich zur Rückzahlung imstande war. Die Reichsregierung hat sich zunächst auf den Standpunkt gestellt, daß hier keine Verletzung, sondern nur eine Überforderung des Völkerechts vorliege, zu der sie bereit ist. Sie hat sich dann aber sofort bereit erklärt, indem sie nachzugeben und dem Reichstag eine Denkschrift vorzulegen, die über die Einzelheiten des Ausstufes gibt. Diese Denkschrift wird voraussichtlich Mittwoch, den 4. Februar, dem Reichstag zugehen und den dokumentarischen Beweis bis ins einzelne darüber führen, daß der Indult auch nicht ein Wenig geschenkt, sondern im Gegenteil von den berechtigten Forderungen der Industrie noch Abstriche gemacht wurden. Was bleibt übrig? Söldners ein Wortwort wegen formeller Verletzung des Völkerechts des Reichstages durch die Regierung Marx und durch den Finanzminister Luther, der mangelhaft der treueste und gewissenhafteste Hausverwalter ist, den sich ein Reich wünschen kann.

Das Endergebnis? Ständische Entstellung einzelner und selbstverständlicher Tatsachen. Verfälschung und Verfälschung der öffentlichen Meinung durch sogenannte Führer der Republik, die alle Ursache hätten, dem Kabinettsrat der großen Koalition für seine verantwortungsbewußte und nationale Haltung in den entscheidenden Tagen und Wochen des Herbstes 1923 zu danken! Vergeßlich hülsen sich die falschen Unläuger in die Loge der Lüge. Durch alle Höher der Loge erkennt man als Drahtzieher des Entstellungsspiels die Kompromittierten der Barmat und Rüstleraffäre. Reichen wir ihnen die Maße der vorgeschlagenen ständischen Entstellung vom Gesicht, dann erscheinen die wohlbelannten Rüge jener, denen seit Wochen und Monaten jedes Mittel recht war, um dem Reich eine Schwächung der bürgerlichen Regierung und die Herbeiführung eines Linkssturzes zu verschaffen.

Die Regierungskrise in Preußen.

Berlin, 4. Febr. Zur Frage der Kabinettsbildung in Preußen schreibt der „Zentralanleger“: Der Gedanke, in Preußen eine Regierung der Mitte von den Demokraten bis zur Deutschen Volkspartei zu bilden, die mit wechselnder Unterstützung die Deutschnationalen oder die Sozialdemokraten regieren würden, wird von der deutschen nationalen Landtagsfraktion als eine unpolitische Kombination entschieden abgelehnt. In deutschnationalen Kreisen verweist man auf den Umstand, daß die Deutschnationalen die stärkste haushälterisch eingestellte Fraktion des Landtags stellen und daher erwarten und verlangen können, dementsprechend in der kommenden Regierung vertreten zu sein.

Der Barmat-Rüstler-Gandal.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann schwer belastet. — Barmat'sche Gelder für die sozialdemokratische Parteikasse.

Die Verhandlungen vor dem preussischen Untersuchungsausschuß.

TU. Berlin, 3. Febr. Der Landtagsausschuß zur Untersuchung der Kreditgeschäfte der Seehandlung legte heute nachmittags seine Beratungen fort. Zunächst wurde ein deutschnationaler Antrag, sämtliche ausstehenden Versionen als Zeugen zu vernehmen und sie darauf hinzuweisen, daß ihre Aussagen gegebenenfalls bestritten werden müßten, nach kurzer Aussprache abgelehnt.

Der Ausschuß vernahm u. a. den sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann.

Hg. Heilmann erklärte als Zeuge, daß er Julius Barmat nach dem Kriege kennen lernte, als er die Berliner Reichsregierung für ein holländisches Blatt übernahm, zu dessen Gründung Julius Barmat 350 000 Gulden hergegeben habe. Mit dem Reichspräsidenten sei Barmat durch das Schreiben eines hervorragenden belgischen Politikers an Oberst aufgenommen, in dem dieser wußte, ihm mitzuteilen, welche besonderen Wünsche die Sozialisten für die Friedensverhandlungen in Versailles hätten. Barmat wurde vom Reichspräsidenten zu einem Abendessen eingeladen und später beim Empfang des Antwortschreibens an einer Kaffe. Seitdem habe der Reichspräsident Barmat oder einen der Barmats nie gesehen.

Heilmann erklärte ferner, er habe in den Jahren 1919 bis 1921 mit Barmat viel verkehrt. Es sei fast kein Tag vergangen, wo er nicht mit ihm zusammengekommen wäre. Seit 1920 habe an diesen Zusammenkünften auch Polizeipräsident Richter teilgenommen. Heilmann habe diese Leute auch kennen gelernt. Von den Geschäften Barmats erhalten, die in der Hauptstadt des Reiches stattfanden. Von Einfuhrmonopolen Barmats sei ihm nichts bekannt gewesen. Barmat sei als einer der vielen Lieferanten mit herangezogen worden.

Heilmann schildert weiter die Reise nach Holland, an der auch der kommunistische Abgeordnete Goenen beteiligt gewesen sei. Goenen selbst habe die Reise dazu benutzt, um von Barmat ein Darlehen von 8 000 Mark zu bekommen. Die Reise seien ihm bekannt, die zu vernünftigen Kosten Barmat bestritten habe wegen seiner Stellung bei der kommunistischen Partei. Heilmann behauptet, daß sich seine ganze Beteiligung an dem Verhältnis Barmats zur Staatsbank auf die Empfehlung an den Finanzminister beschränkt habe. Solche Empfehlungen gebe jeder Abgeordnete eine Anzahl ab, wobei sich schließlich die Kräfte der Partei addieren. (1) Geschichtlich sei er bei Barmat zweimal, nämlich gewesen, wobei es sich um Schiedsrichtervorstellungen gehandelt habe, die aber auch nichts eingebracht hätten.

Heilmann schildert dann, wie er von Barmat die Zustimmung zur Gründung der Treuhandgesellschaft erhielt. Barmat habe ihm Generalvollmacht für alle Geschäfte gegeben, die durch einen Vertreter vorzunehmen werden können. Er habe dann keinen Gebrauch gemacht. Darauf wurde die Vernehmung Heilmanns abgebrochen. Der Ausschuß beschloß, daß die Schriften aus dem Buchstabe der Untersuchungsmittel zum Kenntnis gebracht werden sollen. Die weitere Verhandlung wurde dann auf Mittwoch verlegt.

TU. Berlin, 4. Febr. Bei der heutigen weiteren Verhandlung der Barmat-Rüstler-Affäre vor dem preussischen Untersuchungsausschuß erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann, daß seines Wissens Julius Barmat niemals gesehen oder gesprochen habe. Auf eine Frage, ob Barmat unmittelbar mit dem Reichspräsidenten in Beziehungen getreten sei, erwiderte Heilmann, Barmat habe das nur in der persönlichen Verkehr mit dem Reichspräsidenten getan. Barmat habe niemals der Partei oder den Genossen irgendwelche Summen zur Verfügung gestellt, ohne sich vorher mit ihm (Heilmann) in Verbindung zu setzen. Heilmann gab an, daß 15 000 Mark an ein Abgeordnetes Wort von Barmat gegeben worden seien. Weiter gibt er an, daß von Barmat auf seine (Heilmanns) Veranlassung hin der sozialdemokratischen Parteikasse eine weitere Summe von 20 000 Mark zur Verfügung gestellt worden sei. Heilmann läßt die Gesamtschuldungen, die Barmat an die sozialdemokratische Partei gegeben hat, auf höchstens 50 000 Mark. Der Zusammenbruch des Barmat-Konzerns sei dadurch hervorgerufen worden, daß Oberfinanzrat Hellwig den Konzern

sein. Eine Regierung, an der sie nicht beteiligt sein würden, wie diese Regierung auch aussehen würde, würden die Deutschnationalen aber rücksichtslos bekämpfen.

Sitzung des Zentrumsverbandes im Landtage.

TU. Berlin, 4. Febr. Am preussischen Landtage hatte der Zentrumsverband für heute nachmittags 5 Uhr eine Sitzung anberaumt. Von den Fraktionen hatten nur die Sozialdemokraten eine Sitzung ab. Die übrigen Fraktionen werden morgen vor der auf 2 Uhr anberaumten Plenarsitzung tagen. Auch der Reichstagsrat wird vorher noch eine Sitzung abhalten.

Die Antwort der deutschen Wirtschafts-Delegation.

TU. Paris, 4. Febr. Die deutsche Antwortnote wurde, wie schon gemeldet, gestern Abend um 8 Uhr im Handelsministerium überreicht. Die „Informations“ berichtet über den Inhalt der Note folgenden: Deutschland verlangt erneut, daß eventuelle Vergütigungen, wie sie für die Dauer eines modus vivendi eingeräumt werden, auch für den endgültigen Handelsvertrag gelten. Staatssekretär Trendelenburg ist von der deutschen Regierung angewiesen worden, beide Fragen miteinander zu verknüpfen. Demgegenüber könne nach Auskunft von unterrichteten Kreisen gesagt werden, daß auf deutscher Seite keineswegs verläßt wird, die angebotenen Zugeständnisse für die Übergangszeit mit den für den endgültigen Handelsvertrag zu erwartenden Bedingungen zu verknüpfen. Das Gegenteil ist richtig, während man für die Übergangszeit, die nach Auffassung der maßgebenden französischen Kreise bis zum 1. Dezember bemessen ist, bedeutende Zugeständnisse von deutscher Seite beansprucht, vor allem im Hinblick auf die Differenzierung Deutschlands in den Zollfragen. Für eine Reihe wichtiger Kategorien erwartet man auf deutscher Seite für den endgültigen Handelsvertrag eine gerechte Gleichstellung Deutschlands mit allen übrigen Mächten, mit denen Frankreich Handelsverträge abschließt, also die facto die weitest günstige Lage, die Frankreich bisher nicht geben will.

bazu bestimmte, schwer notleidende Gesellschaften in ärgerem Stil zu übernehmen.

Der Ausschuß trat dann in die Vernehmung des Kriminalkommissars Klinghammer ein. Bezüglich der von ihm ausgeführten Hausdurchsuchung bei der Firma Barmat sagt Klinghammer aus, daß die Hausdurchsuchung auf eine Anzeige der Bochumer Handelskammer erfolgte. Als er zu der Durchsuchung schreiten wollte, setzte sich ein Herr der Firma mit dem „Vorwärts“ telefonisch in Verbindung, um Heilmann herbeizurufen. Heilmann sei kurz darauf erschienen und habe ihn in barockem Tone angefahren. Vorgefunden habe er u. a. die von Hülse persönlich unterzeichnete Genehmigung für Einfuhrkonzessionen sowie einen Dankesbrief aus Holland für die Vorsehung der holländischen sozialdemokratischen Presse mit Druckpapier. Taas darauf gab er die Angelegenheit an Fall ab, der dem Altvermerker zufolge die Hausdurchsuchung als einen Verstoß bezeichnete. Heilmann bestritt die Angaben des Zeugen betreffs seines Verhaltens bei der Hausdurchsuchung und drückte die Meinung aus, daß der Zeuge das bei Barmat gefundene Material der Presse zugänglich machte. Klinghammer bestritt das Entschieden und hielt seine Aussage aufrecht. Die Frage des Vorliegens, ob er bereit sei, seine Aussagen unter Eid zu wiederholen, bejahte der Zeuge.

Darauf vertagte sich der Ausschuß auf Samstag vormittags.

Die Kompromittierten.

Die demokratische Frankfurter Zeitung Nr. 79 — nicht etwa ein volkstümliches oder deutschnationales Organ — schreibt über die Ergebnisse der Untersuchung der Barmat-Affäre eingeleiteten parlamentarischen Ausschusses:

Nach den Berichten aus dem Ausschuß des Preussischen Landtags ist durch Vorlesung von Briefen festgestellt worden, daß der Abgeordnete Heilmann zu einer Zeit, in der er der Vorherrschaft der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vor, sich an den sozialdemokratischen Finanzminister Dr. von Richter gewandt hat mit der Bitte, seinen Freund Julius Barmat dem neuen Präsidenten der Staatsbank zu wohlwollender Berücksichtigung in den Geschäften zu empfehlen. Herr Dr. von Richter hat diesen Brief unverändert, aber doch eben mit jener Lebenswürdigkeit, die man einem einflußreichen Abgeordneten gegenüber nicht gerne vernichten läßt, an den Präsidenten der Seehandlung weitergegeben. Herr Heilmann hat also seine Stellung als Abgeordneter dazu mißbraucht, die Kreditwünsche eines Freundes zu unterstützen. Das ist auf keinen Fall anmaßend und wirkt ganz besonders merkwürdig bei einem Abgeordneten, der nicht etwa von Beruf wegen, etwa als Kaufmann, mit diesen Geschäften zu tun hat, sondern der Journalist ist und dessen kaufmännische Stellung nur darin besteht, daß er leider in wirtschaftlichen Dingen bei einigen Gesellschaften eben dieses Freundes Barmat geworden ist. Man soll für die Mißbräuche einzelner Personen nie die Partei verantwortlich machen. Wenn aber nach der Feststellung dieser Tatsachen die sozialdemokratische Partei dem betreffenden Abgeordneten nicht klar machen würde, daß er zur Ausübung seines Mandats ungeeignet ist, so würde sie sich dem Vorwurf einer Verhöhnung der Öffentlichkeit nicht entziehen können. Dem Grade noch viel tiefer etwas weniger schlimm, aber im Grunde ebenso unangehörig, ist die Empfehlungsbriefe, die der Reichsminister A. D. Bauer und Dr. Gradnauer an den Präsidenten der Staatsbank für Herrn Barmat geschrieben haben. Wie kommt Herr Bauer, der abgesehen von seiner politischen Tätigkeit, Gemeinheitsbeamter war, dazu, Unverlässigkeit und Kreditwürdigkeit eines Geschäftsmannes zu empfehlen und für ihn um Entschädigung zu bitten? Hier liegen Veranlassungen politischer Mandate mit Geschäften vor, die unter allen Umständen, auch dann rücksichtslos bestraft werden müssen, wenn etwa Leute empfohlen werden, die an sich einwandfrei sind. Es scheint uns, daß die Sozialdemokratie, wie jede andere Partei, die Konsequenzen ohne falsche Sentimentalität ziehen möchte. Denn in Fragen der Reinlichkeit gibt es keine Duldsamkeit.

Die Aufwertung öffentlicher Anleihen.

Anmeldung erforderlich.

Berlin, 4. Febr. Die Aufwertung der öffentlichen Anleihen ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Dem Aufwertungs-Ausschuß des Reichstages ist von sechshundert Seiten statisches Material über die noch im Umlauf befindlichen öffentlichen Anleihen vorgelegt worden, die von den amtlichen, vom Reichsfinanzministerium ermittelten Zahlen wesentlich abweichen. Zur endgültigen Aufwertung und zur Feststellung der möglichen Aufwertungsquote, der Höhe und Zeit des Inkassierens des Zinsendienstes werden genaue Verhandlungen und Ermittlungen über die noch im Umlauf befindlichen öffentlichen Anleihen notwendig sein. Es ist eine neue Hauptstelle für die Anmeldung der öffentlichen Anleihen gerichtet worden, die die Anmeldungen entgegennimmt und die Registrierung und bankmäßige Verwaltung des angemeldeten Materials beorgen will. Zur beschleunigten Durchführung ihrer Aufgabe werden alle Anleihebesitzer aufgefordert, ihre Guthaben aus öffentlichen Anleihen bei der neuen Hauptstelle für die Anmeldung der öffentlichen Anleihen, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 100, anzumelden.

Vor einem Eisenbahnerstreik in England.

TU. London, 4. Febr. Die Eisenbahngesellschaften haben gestern endgültig beschlossen, das vor dem Eisenbahner-Gewerkschaften vorgeschlagene Protokoll abzulehnen. Die Gesellschaften weigern sich nicht nur, Zugeständnisse über Lohn- und Dienstbedingungen zu machen, sondern verlangen eine sofortige Herabsetzung der Löhne um sechs Schilling in London und vier Schilling in den übrigen Städten und Industriebezirken. Das Angebot der Gesellschaften, den Schiedsgericht am amtlich ernannten Industrie-Gerichtshof zu übertragen, wurde von den Eisenbahnern abgelehnt. Die Gesellschaften erklärten, daß sie im Falle eines Streiks in der Lage seien, den Betrieb ohne besondere Unbequemlichkeiten für das Publikum fortzuführen. Die Gewerkschaft der Eisenbahnarbeiter droht der Regierung mit der Ausübung des Streiks, wenn die Arbeit von Streikbrechern verrichtet würde.

Der Prozeß Biewersdorffs gegen Kroner.

Kroner wegen formaler Beleidigung verurteilt.

TU. Berlin, 4. Febr. Vor dem großen Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute der Beleidigungsprozeß des Landgerichtsdirektors Biewersdorff, des Vorsitzenden im Magdeburger Ratshaus, des Prozeß gegen Landgerichtsdirektor Kroner, den Vorsitzenden des republikanischen Richterbundes. Vor Verlesung des Urteilsbegründungsbefehls beantragte Verteidiger Landesherr, den Termin aufzuheben und den neuen Termin bis nach der Entscheidung des Magdeburger Prozesses in zweiter Instanz zu verschieben. Nur dann könne eine sachgemäße Entscheidung gefällt werden. Die Verhandlung vor der Instanz beginnt am 17. Februar und wird voraussichtlich Ende Februar beendet sein. Oberstaatsanwalt Lindow hielt eine Entscheidung über diesen Antrag formell erst nach Eröffnung der Sitzung für zulässig. Verteidiger Landesherr stellt dann den Antrag auf Vernehmung des Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Hilsdorf wegen Verstoßes der Befangenheit. Das Gericht soll sich zur Beratung über die Anträge der Verteidiger zurückziehen.

Der Antrag wurde nach etwa einstündiger Beratung abgelehnt. Hierauf wurde in die eigentliche Verhandlung eingetreten. Der Angeklagte erklärte, er bekenne sich auch heute noch vollkommen aus der Form und dem Inhalt des inframittierten Artikels in der Volksischen Zeitung. Zeugen waren nicht geladen. Dagegen stellten die Verteidiger einige Beweisangebote in der Richtung, daß Landgerichtsdirektor Biewersdorff als vorangekommenener Richter anzusehen sei. Die Anträge wurden abgelehnt, worauf Generalstaatsanwalt Lindow das Wort nahm. Er betonte, daß der Angeklagte weit über das Ziel hinausgeschossen sei und Beleidigungen gewöhnlicher Art ausgesprochen habe, daß ihm andererseits aber auch als Richter das Recht zur Kritik eines anderen Urteil aufstehe.

Das Urteil.

TU. Berlin, 4. Febr. In dem Beleidigungsprozeß Biewersdorff-Kroner wurde heute nachmittag folgendes Urteil gefällt: Landgerichtsdirektor Dr. Kroner wird wegen formaler Beleidigung mit einer Geldstrafe von 3000 Mark, im Falle der Nichtbeitreibung zu einem Tage Gefängnis für je 60 Mark verurteilt. Dem Nebenkläger ist die Befugnis erteilt, das Urteil in der „Volksischen Zeitung“ der „Deutschen Richterzeitung“ und in der „Magdeburger Zeitung“ auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen. Die Kosten werden dem Angeklagten auferlegt.

Deutsche Volkspartei Westfalen-Süd.

Vertretertag in Gagen.

Die Deutsche Volkspartei (Wahlkreis Westfalen-Süd) hielt am 2. Februar in Gagen ihren Vertretertag ab. Die Hauptversammlung war außerordentlich stark aus allen Teilen des Wahlkreises besucht. Unter den Erscheinenden bemerkten wir die beiden deutsch-volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Bergmann August Winnefeld und Fabrikant Hermann Klinghoffer, die Preuß. Landtagsabgeordneten Staatsminister A. D. Dr. Otto Böckel, Dr. Grundmann, Fräulein A. v. Kulesza, Gastwirt Wertheimer, ferner das Mittglied des Pr. Staatsrats, Bergwerksdirektor Brandt-Dortmund und einige der Provinziallandtagsabgeordneten.

Nach einer von vaterländischem Geist getragenen Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden, Fabrikanten Otto Hembeid, Lüdenscheid, wurden die Wahlen zum Zentralvorstand der Gesamtpartei getätigt. Die Deutsche Volkspartei von Westfalen-Süd entsendet in dies Gremium:

Bergamassor Brandt-Dortmund, Ehrenamtmann Westermann-Lütgendortmund, Frau Anna Adams-Hörbe (Mitglied d. Prov.-Landtags), Prof. Dr. Schröder-Dortmund, Rektor Weber-Gelsenkirchen, Geheimrat Dr. Wehmann-Bochum, Kulturrat Schulz-Hagen, Direktor Hobereder-Hamm.

Weiter gehören dem Zentralvorstand der Gesamtpartei an:

Fabrikant Otto Hembeid-Lüdenscheid, sowie Frau Käthe Rahm-Low-Dortmund, Generalsekretärin der D. V. P. von Südwestfalen.

Die Stellung verschiedener Anträge an die Gesamtleitung wurde beschlossen. U. a. sollen zur Zuwahl in den Zentralvorstand vorgeschlagen werden:

Direktor Wille-Gelsenkirchen, Prof. Schilling-Soest, Dr. Wenderoth-Dortmund (Vors. der südwestl. Beamtengruppe), Generalsekretär Schütz-Dortmund.

Bergmann Schulte-Dortfeld (Arbeitnehmervertreter, die in dem z. Zentralvorstand gehörenden Reichstagsabg. Aug. Winnefeld (Bergmann) im südwestl. Wahlbezirk bereits einen tatkräftigen und warmherzigen Vertreter besitzen).

Waller-Dortmund (Vors. d. Angestelltengruppe), Kürschnermeister Wurm-Lüdenscheid (Vors. der Handwerkergruppe).

Der engste Vorstand wurde vom geschäftl. Ausschuß der südwestl. D. V. P. einstimmig und beibehalten wieder gewählt. Er besteht aus den Herren: Generaldirektor Dr. Böcker-Dortmund (Ehrenvorsitzender), Fabrikant Otto Hembeid-Lüdenscheid, 1. Vors., Professor Schröder-Dortmund, Ehrenamtmann Westermann-Lütgendortmund u. Bergamassor Brandt-Dortmund, stellv. Vors., Generalsekretär Schütz-Dortmund, 1. Schriftf., Frau Anna Adams-Hörbe, stellv. Schriftf., Fabrikant Oskar Kunde-Hagen, 1. Schatzmeister, Direktor Wille-Gelsenkirchen stellv. Schatzm.

(An der Presse ist mehrfach der Ehrenvorsitzende der D. V. P. von Westfalen-Süd als zur Deutschnationalen Volkspartei angehörend bezeichnet worden. Der 1. Vorsitzende stellte ausdrücklich unter dem lebhaften Beifall der Versammelten fest, daß Generaldirektor Dr. Böcker der Deutschen Volkspartei immer treu geblieben ist.)

Bergmann Aug. Winnefeld, M. d. R., der von der großen Versammlung beim Erscheinen am Rednerpult sehr warm begrüßt wurde, hielt sodann einen überaus feierlichen Vortrag über die Politik der D. V. P. im Reichstage. Seine glänzenden Ausführungen lösten am Schluß langanhaltenden Beifall aus.

Staatsminister A. D. Dr. Böckel gab ein sehr interessantes Bild vom Verlauf der Preussensche, die mit der Wahl Brauns zum Ministerpräsidenten nicht ihr Ende erreicht hat. Er stellte unter allgemeinem Beifall den abgelaufenen Willen der D. V. P. fest, unter allen Umständen an der bisherigen Linie der Preussensche Politik festzuhalten, die in dem Bestreben der Bildung einer Koalition der staatsverhaltenden bürgerlichen Parteien und der Schaffung einer dementsprechenden Regierung in Preußen zu finden. „Sollte das Zentrum sich diesem Ziel auch weiterhin zu einer Aufstellung der Reichstagswahlkampagne nicht bereit zeigen, so wird die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Ziel auch weiterhin zu einer Aufstellung der Reichstagswahlkampagne nicht bereit zeigen, so wird die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Die D. V. P. in der Reichstagswahlkampagne die besten Kräfte der Partei einsetzen, die sich für die Verwirklichung der Ziele der D. V. P. einsetzen.“

Ruderverein Bochum e. V.

2. Gesellschaftsfest

Findet am Samstag, den 7. Februar 1925 in den Räumen des Parkhauses zu Bochum statt.

Nur für Mitglieder und eingeführte Gäste.

Beginn: 7 1/2 Uhr.

Mitwirkende:

Herr Willi Busch v. d. Vereinigt. Stadth. Bochum-Duisburg
 Frl. Gretel Hoyer vom Ballett der Vereinigten Stadtheater
 Gretel Glück Bochum-Duisburg.
 Lore Lange
 Lea Maffalda-Roles
 Herr Alfred Plett, Bochum Gesangsvorträge
 Herr Wilhelm Baatz, Bochum, Ober-Musikmeister a. D. musikal. Leitung

Die Einladungen sind als Ausweis mitzubringen.

Der Don-Kosaken Abschied!

3. und letztes Konzert heute, abends 8 Uhr im Evgl. Vereinshaus, Mühlentstraße. Karten zu Mk. 4,-, 3.50, 4.80, 6,- bei Musikalienhandlung Wicharz, und abends 7 Uhr an der Abendkasse.

W. SULANKE

BOCHUM, BAHNHOFSTRASSE 2. TEL. 1810

Der neue Privatzirkel beginnt

Freitag, den 6. Februar, pünktlich 7 1/4 Uhr.

Nur vorherige persönliche Anmeldungen in meiner Wohnung berechtigen zur Teilnahme

Kaffee Hackert

Diese Woche Spezialität: Erdbeer-Sahne-Torte

Promenaden-Sportwagen und Peddighorwagen

moderne Formen in größter Auswahl.

Korbwagen-Spezialgeschäft

W. Ruelius

Telefon 2163 Bochum Hattingerstr. 50

Zahlungserleichterung.

Es droht Gefahr

daß Ihre Lunge krank wird,

wenn Sie nicht sofort Ihren Husten befeuchten. — Denken Sie an die schlimmen Folgen und holen Sie sich noch heute die feinsten Zigaretten bewährten Wörtschöner Zigarettenfabrik. Allein erhältlich im Wörtschöner Zigarettenfabrik, Haus, H. Wörtschöner, Bochum, Wörtschönerstraße 3.

Ausnahme - Angebot!

Prima frische Eier 150
10 Stück Mk.

la. feinste Tafelbutter 235
1 Pfund Mk.

Adolf Kalsbach

Heinrich Hill

Bochum u. in den bekannten Verkaufsstellen

Nach der ersten Interessentenvorführung des FOX-FILMES

„Die Nacht des Inferno“

schreibt die „Hamburger Lichtspiel- u. Theaterwoche“

„Einen Akt irgend eines anderen Filmes habe ich länger empfunden als die sieben Akte dieses Filmes! . . . Was wir nun in blutroten Bildern an schaudervoller Grauenhaftigkeit erblicken, ist geradezu sinnverwirrend. . . Die Wirkung des Films war derart, daß das Publikum gebannt auf dem Platze verblieb. . . Ein Schluß von unbeschreiblich dramatischer Allgewalt. . . Nur für Leute mit starken Nerven!“

„ Publikum, gib acht, wann und wo der Film läuft.“

Vereinigte Stadttheater Bochum-Duisburg
 Mittwoch, 4. Februar, 7 1/2, 10 1/2, C. 18.
3ar und Zimmermann.
 Freitag, 6. Februar, 8. 10. 12. 14. 16. 18. 20. 22. 24. 26. 28. 30. 32. 34. 36. 38. 40. 42. 44. 46. 48. 50. 52. 54. 56. 58. 60. 62. 64. 66. 68. 70. 72. 74. 76. 78. 80. 82. 84. 86. 88. 90. 92. 94. 96. 98. 100. 102. 104. 106. 108. 110. 112. 114. 116. 118. 120. 122. 124. 126. 128. 130. 132. 134. 136. 138. 140. 142. 144. 146. 148. 150. 152. 154. 156. 158. 160. 162. 164. 166. 168. 170. 172. 174. 176. 178. 180. 182. 184. 186. 188. 190. 192. 194. 196. 198. 200. 202. 204. 206. 208. 210. 212. 214. 216. 218. 220. 222. 224. 226. 228. 230. 232. 234. 236. 238. 240. 242. 244. 246. 248. 250. 252. 254. 256. 258. 260. 262. 264. 266. 268. 270. 272. 274. 276. 278. 280. 282. 284. 286. 288. 290. 292. 294. 296. 298. 300. 302. 304. 306. 308. 310. 312. 314. 316. 318. 320. 322. 324. 326. 328. 330. 332. 334. 336. 338. 340. 342. 344. 346. 348. 350. 352. 354. 356. 358. 360. 362. 364. 366. 368. 370. 372. 374. 376. 378. 380. 382. 384. 386. 388. 390. 392. 394. 396. 398. 400. 402. 404. 406. 408. 410. 412. 414. 416. 418. 420. 422. 424. 426. 428. 430. 432. 434. 436. 438. 440. 442. 444. 446. 448. 450. 452. 454. 456. 458. 460. 462. 464. 466. 468. 470. 472. 474. 476. 478. 480. 482. 484. 486. 488. 490. 492. 494. 496. 498. 500. 502. 504. 506. 508. 510. 512. 514. 516. 518. 520. 522. 524. 526. 528. 530. 532. 534. 536. 538. 540. 542. 544. 546. 548. 550. 552. 554. 556. 558. 560. 562. 564. 566. 568. 570. 572. 574. 576. 578. 580. 582. 584. 586. 588. 590. 592. 594. 596. 598. 600. 602. 604. 606. 608. 610. 612. 614. 616. 618. 620. 622. 624. 626. 628. 630. 632. 634. 636. 638. 640. 642. 644. 646. 648. 650. 652. 654. 656. 658. 660. 662. 664. 666. 668. 670. 672. 674. 676. 678. 680. 682. 684. 686. 688. 690. 692. 694. 696. 698. 700. 702. 704. 706. 708. 710. 712. 714. 716. 718. 720. 722. 724. 726. 728. 730. 732. 734. 736. 738. 740. 742. 744. 746. 748. 750. 752. 754. 756. 758. 760. 762. 764. 766. 768. 770. 772. 774. 776. 778. 780. 782. 784. 786. 788. 790. 792. 794. 796. 798. 800. 802. 804. 806. 808. 810. 812. 814. 816. 818. 820. 822. 824. 826. 828. 830. 832. 834. 836. 838. 840. 842. 844. 846. 848. 850. 852. 854. 856. 858. 860. 862. 864. 866. 868. 870. 872. 874. 876. 878. 880. 882. 884. 886. 888. 890. 892. 894. 896. 898. 900. 902. 904. 906. 908. 910. 912. 914. 916. 918. 920. 922. 924. 926. 928. 930. 932. 934. 936. 938. 940. 942. 944. 946. 948. 950. 952. 954. 956. 958. 960. 962. 964. 966. 968. 970. 972. 974. 976. 978. 980. 982. 984. 986. 988. 990. 992. 994. 996. 998. 1000. 1002. 1004. 1006. 1008. 1010. 1012. 1014. 1016. 1018. 1020. 1022. 1024. 1026. 1028. 1030. 1032. 1034. 1036. 1038. 1040. 1042. 1044. 1046. 1048. 1050. 1052. 1054. 1056. 1058. 1060. 1062. 1064. 1066. 1068. 1070. 1072. 1074. 1076. 1078. 1080. 1082. 1084. 1086. 1088. 1090. 1092. 1094. 1096. 1098. 1100. 1102. 1104. 1106. 1108. 1110. 1112. 1114. 1116. 1118. 1120. 1122. 1124. 1126. 1128. 1130. 1132. 1134. 1136. 1138. 1140. 1142. 1144. 1146. 1148. 1150. 1152. 1154. 1156. 1158. 1160. 1162. 1164. 1166. 1168. 1170. 1172. 1174. 1176. 1178. 1180. 1182. 1184. 1186. 1188. 1190. 1192. 1194. 1196. 1198. 1200. 1202. 1204. 1206. 1208. 1210. 1212. 1214. 1216. 1218. 1220. 1222. 1224. 1226. 1228. 1230. 1232. 1234. 1236. 1238. 1240. 1242. 1244. 1246. 1248. 1250. 1252. 1254. 1256. 1258. 1260. 1262. 1264. 1266. 1268. 1270. 1272. 1274. 1276. 1278. 1280. 1282. 1284. 1286. 1288. 1290. 1292. 1294. 1296. 1298. 1300. 1302. 1304. 1306. 1308. 1310. 1312. 1314. 1316. 1318. 1320. 1322. 1324. 1326. 1328. 1330. 1332. 1334. 1336. 1338. 1340. 1342. 1344. 1346. 1348. 1350. 1352. 1354. 1356. 1358. 1360. 1362. 1364. 1366. 1368. 1370. 1372. 1374. 1376. 1378. 1380. 1382. 1384. 1386. 1388. 1390. 1392. 1394. 1396. 1398. 1400. 1402. 1404. 1406. 1408. 1410. 1412. 1414. 1416. 1418. 1420. 1422. 1424. 1426. 1428. 1430. 1432. 1434. 1436. 1438. 1440. 1442. 1444. 1446. 1448. 1450. 1452. 1454. 1456. 1458. 1460. 1462. 1464. 1466. 1468. 1470. 1472. 1474. 1476. 1478. 1480. 1482. 1484. 1486. 1488. 1490. 1492. 1494. 1496. 1498. 1500. 1502. 1504. 1506. 1508. 1510. 1512. 1514. 1516. 1518. 1520. 1522. 1524. 1526. 1528. 1530. 1532. 1534. 1536. 1538. 1540. 1542. 1544. 1546. 1548. 1550. 1552. 1554. 1556. 1558. 1560. 1562. 1564. 1566. 1568. 1570. 1572. 1574. 1576. 1578. 1580. 1582. 1584. 1586. 1588. 1590. 1592. 1594. 1596. 1598. 1600. 1602. 1604. 1606. 1608. 1610. 1612. 1614. 1616. 1618. 1620. 1622. 1624. 1626. 1628. 1630. 1632. 1634. 1636. 1638. 1640. 1642. 1644. 1646. 1648. 1650. 1652. 1654. 1656. 1658. 1660. 1662. 1664. 1666. 1668. 1670. 1672. 1674. 1676. 1678. 1680. 1682. 1684. 1686. 1688. 1690. 1692. 1694. 1696. 1698. 1700. 1702. 1704. 1706. 1708. 1710. 1712. 1714. 1716. 1718. 1720. 1722. 1724. 1726. 1728. 1730. 1732. 1734. 1736. 1738. 1740. 1742. 1744. 1746. 1748. 1750. 1752. 1754. 1756. 1758. 1760. 1762. 1764. 1766. 1768. 1770. 1772. 1774. 1776. 1778. 1780. 1782. 1784. 1786. 1788. 1790. 1792. 1794. 1796. 1798. 1800. 1802. 1804. 1806. 1808. 1810. 1812. 1814. 1816. 1818. 1820. 1822. 1824. 1826. 1828. 1830. 1832. 1834. 1836. 1838. 1840. 1842. 1844. 1846. 1848. 1850. 1852. 1854. 1856. 1858. 1860. 1862. 1864. 1866. 1868. 1870. 1872. 1874. 1876. 1878. 1880. 1882. 1884. 1886. 1888. 1890. 1892. 1894. 1896. 1898. 1900. 1902. 1904. 1906. 1908. 1910. 1912. 1914. 1916. 1918. 1920. 1922. 1924. 1926. 1928. 1930. 1932. 1934. 1936. 1938. 1940. 1942. 1944. 1946. 1948. 1950. 1952. 1954. 1956. 1958. 1960. 1962. 1964. 1966. 1968. 1970. 1972. 1974. 1976. 1978. 1980. 1982. 1984. 1986. 1988. 1990. 1992. 1994. 1996. 1998. 2000. 2002. 2004. 2006. 2008. 2010. 2012. 2014. 2016. 2018. 2020. 2022. 2024. 2026. 2028. 2030. 2032. 2034. 2036. 2038. 2040. 2042. 2044. 2046. 2048. 2050. 2052. 2054. 2056. 2058. 2060. 2062. 2064. 2066. 2068. 2070. 2072. 2074. 2076. 2078. 2080. 2082. 2084. 2086. 2088. 2090. 2092. 2094. 2096. 2098. 2100. 2102. 2104. 2106. 2108. 2110. 2112. 2114. 2116. 2118. 2120. 2122. 2124. 2126. 2128. 2130. 2132. 2134. 2136. 2138. 2140. 2142. 2144. 2146. 2148. 2150. 2152. 2154. 2156. 2158. 2160. 2162. 2164. 2166. 2168. 2170. 2172. 2174. 2176. 2178. 2180. 2182. 2184. 2186. 2188. 2190. 2192. 2194. 2196. 2198. 2200. 2202. 2204. 2206. 2208. 2210. 2212. 2214. 2216. 2218. 2220. 2222. 2224. 2226. 2228. 2230. 2232. 2234. 2236. 2238. 2240. 2242. 2244. 2246. 2248. 2250. 2252. 2254. 2256. 2258. 2260. 2262. 2264. 2266. 2268. 2270. 2272. 2274. 2276. 2278. 2280. 2282. 2284. 2286. 2288. 2290. 2292. 2294. 2296. 2298. 2300. 2302. 2304. 2306. 2308. 2310. 2312. 2314. 2316. 2318. 2320. 2322. 2324. 2326. 2328. 2330. 2332. 2334. 2336. 2338. 2340. 2342. 2344. 2346. 2348. 2350. 2352. 2354. 2356. 2358. 2360. 2362. 2364. 2366. 2368. 2370. 2372. 2374. 2376. 2378. 2380. 2382. 2384. 2386. 2388. 2390. 2392. 2394. 2396. 2398. 2400. 2402. 2404. 2406. 2408. 2410. 2412. 2414. 2416. 2418. 2420. 2422. 2424. 2426. 2428. 2430. 2432. 2434. 2436. 2438. 2440. 2442. 2444. 2446. 2448. 2450. 2452. 2454. 2456. 2458. 2460. 2462. 2464. 2466. 2468. 2470. 2472. 2474. 2476. 2478. 2480. 2482. 2484. 2486. 2488. 2490. 2492. 2494. 2496. 2498. 2500. 2502. 2504. 2506. 2508. 2510. 2512. 2514. 2516. 2518. 2520. 2522. 2524. 2526. 2528. 2530. 2532. 2534. 2536. 2538. 2540. 2542. 2544. 2546. 2548. 2550. 2552. 2554. 2556. 2558. 2560. 2562. 2564. 2566. 2568. 2570. 2572. 2574. 2576. 2578. 2580. 2582. 2584. 2586. 2588. 2590. 2592. 2594. 2596. 2598. 2600. 2602. 2604. 2606. 2608. 2610. 2612. 2614. 2616. 2618. 2620. 2622. 2624. 2626. 2628. 2630. 2632. 2634. 2636. 2638. 2640. 2642. 2644. 2646. 2648. 2650. 2652. 2654. 2656. 2658. 2660. 2662. 2664. 2666. 2668. 2670. 2672. 2674. 2676. 2678. 2680. 2682. 2684. 2686. 2688. 2690. 2692. 2694. 2696. 2698. 2700. 2702. 2704. 2706. 2708. 2710. 2712. 2714. 2716. 2718. 2720. 2722. 2724. 2726. 2728. 2730. 2732. 2734. 2736. 2738. 2740. 2742. 2744. 2746. 2748. 2750. 2752. 2754. 2756. 2758. 2760. 2762. 2764. 2766. 2768. 2770. 2772. 2774. 2776. 2778. 2780. 2782. 2784. 2786. 2788. 2790. 2792. 2794. 2796. 2798. 2800. 2802. 2804. 2806. 2808. 2810. 2812. 2814. 2816. 2818. 2820. 2822. 2824. 2826. 2828. 2830. 2832. 2834. 2836. 2838. 2840. 2842. 2844. 2846. 2848. 2850. 2852. 2854. 2856. 2858. 2860. 2862. 2864. 2866. 2868. 2870. 2872. 2874. 2876. 2878. 2880. 2882. 2884. 2886. 2888. 2890. 2892. 2894. 2896. 2898. 2900. 2902. 2904. 2906. 2908. 2910. 2912. 2914. 2916. 2918. 2920. 2922. 2924. 2926. 2928. 2930. 2932. 2934. 2936. 2938. 2940. 2942. 2944. 2946. 2948. 2950. 2952. 2954. 2956. 2958. 2960. 2962. 2964. 2966. 2968. 2970. 2972. 2974. 2976. 2978. 2980. 2982. 2984. 2986. 2988. 2990. 2992. 2994. 2996. 2998. 3000. 3002. 3004. 3006. 3008. 3010. 3012. 3014. 3016. 3018. 3020. 3022. 3024. 3026. 3028. 3030. 3032. 3034. 3036. 3038. 3040. 3042. 3044. 3046. 3048. 3050. 3052. 3054. 3056. 3058. 3060. 3062. 3064. 3066. 3068. 3070. 3072. 3074. 3076. 3078. 3080. 3082. 3084. 3086. 3088. 3090. 3092. 3094. 3096. 3098. 3100. 3102. 3104. 3106. 3108. 3110. 3112. 3114. 3116. 3118. 3120. 3122. 3124. 3126. 3128. 3130. 3132. 3134. 3136. 3138. 3140. 3142. 3144. 3146. 3148. 3150. 3152. 3154. 3156. 3158. 3160. 3162. 3164. 3166. 3168. 3170. 3172. 3174. 3176. 3178. 3180. 3182. 3184. 3186. 3188. 3190. 3192. 3194. 3196. 3198. 3200. 3202. 3204. 3206. 3208. 3210. 3212. 3214. 3216. 3218. 3220. 3222. 3224. 3226. 3228. 3230. 3232. 3234. 3236. 3238. 3240. 3242. 3244. 3246. 3248. 3250. 3252. 3254. 3256. 3258. 3260. 3262. 3264. 3266. 3268. 3270. 3272. 3274. 3276. 3278. 3280. 3282. 3284. 3286. 3288. 3290. 3292. 3294. 3296. 3298. 3300. 3302. 3304. 3306. 3308. 3310. 3312. 3314. 3316. 3318. 3320. 3322. 3324. 3326. 3328. 3330. 3332. 3334. 3336. 3338. 3340. 3342. 3344. 3346. 3348. 3350. 3352. 3354. 3356. 3358. 3360. 3362. 3364. 3366. 3368. 3370. 3372. 3374. 3376. 3378. 3380. 3382. 3384. 3386. 3388. 3390. 3392. 3394. 3396. 3398. 3400. 3402. 3404. 3406. 3408. 3410. 3412. 3414. 3416. 3418. 3420. 3422. 3424. 3426. 3428. 3430. 3432. 3434. 3436. 3438. 3440. 3442. 3444. 3446. 3448. 3450. 3452. 3454. 3456. 3458. 3460. 3462. 3464. 3466. 3468. 3470. 3472. 3474. 3476. 3478. 3480. 3482. 3484. 3486. 3488. 3490. 3492. 3494. 3496. 3498. 3500. 3502. 3504. 3506. 3508. 3510. 3512. 3514. 3516. 3518. 3520. 3522. 3524. 3526. 3528. 3530. 3532. 3534. 3536. 3538. 3540. 3542. 3544. 3546. 3548. 3550. 3552. 3554. 3556. 3558. 3560. 3562. 3564. 3566. 3568. 3570. 3572. 3574. 3576. 3578. 3580. 3582. 3584. 3586. 3588. 3590. 3592. 3594. 3596. 3598. 3600. 3602. 3604. 3606. 3608. 3610. 3612. 3614. 3616. 3618. 3620. 3622. 3624. 3626. 3628. 3630. 3632. 3634. 3636. 3638. 3640. 3642. 3644. 3646. 3648. 3650. 3652. 3654. 3656. 3658. 3660. 3662. 3664. 3666. 3668. 3670. 3672. 3674. 3676. 3678.

er den Schlag von außen. — Nach hundertlanger Wanderung voll reinigender Gedanken erreichte er das Haus im Grunewald, das dunkel und ausgestorben vor ihm lag. Fremd und drohend erschien es ihm, unheilbeladen.

(Fortsetzung folgt.)

